

Welt am Sonntag vom 29.03.2015, S. 6

# Neue Heimat Turnhalle



Deutschland rechnet in diesem Jahr mit bis zu 500.000 Asylbewerbern. Bei der Suche nach Unterkünften müssen die Kommunen erfinderisch sein. Die Hilfsbereitschaft ist groß. Doch es wächst die Angst, dass die Stimmung kippen könnte

**J**etzt kommen die Busse. Zwei Stück sind es, vielleicht 140 Menschen darin, Männer, Frauen, Kinder. Kleine Mädchen zappeln auf den Vordersitzen herum, sie wollen runter, endlich raus, die Frühlingssonne ist warm, der Bus auch. Aber es

**VON MANUEL BEWARDER  
UND SUSANNE GASCHKE**

Namen werden aufgerufen. Es gibt Gruppe A und Gruppe B, das ist wichtig für den späteren Weitertransport in die Unterkünfte. Die jungen Männer versuchen, beim Aussteigen ein mutiges Gesicht aufzusetzen. Familienväter sehen besorgt und müde aus. Frauen suchen jeden Blick, der Freundlichkeit verspricht. Die Mitarbeiter des Sozialamts bemühen sich, mit ebensolcher Freundlichkeit aufzutreten. Der junge Security-Mann, der seinem Kollegen zuraunt, er solle ihm mal helfen, „die Leute da rüberzutreiben“, weiß hoffentlich einfach nicht, was er sagt. Die Ängste jeder Flucht. Keinen verlieren, keinen zurücklassen. Der große Junge steht auf der richtigen Liste, er ist auch aufgerufen worden, aber nicht seine Mutter, sie ist noch im Bus, sie steht nicht auf der Liste. Werden sie jetzt getrennt?

Es ist der letzte Mittwoch des Monats. Immer an diesem Tag werden die Flüchtlinge aus der zentralen Aufnahme- stelle des Landes Sachsen in Chemnitz nach Dresden gebracht. Dort wohnen sie bis zur Entscheidung über ihren Asylan- trag, der bis zu 15 Monate auf sich warten

geht noch nicht, denn hier auf dem Park- platz des Dresdner Sozialamts sind noch Formalitäten zu erledigen.

lassen kann.

Nicht nur in Dresden kommen in letz- ter Zeit immer mehr solcher Busse an. Deutschlandweit steigt die Zahl der Asylbewerber rapide an. Wie die „Welt am Sonntag“ bereits in der vergangenen Woche berichtete, gehen mehrere Län- der mittlerweile von bis zu 500.000 Asylanträgen in diesem Jahr aus. 2014 waren es noch 200.000.

Massenhaft fliehen die Menschen nach Deutschland. Sie stammen aus dem vom Bürgerkrieg geplagten Syrien, aus dem maladen Kosovo, aus Afghanistan oder afrikanischen Staaten. In der Bun- desrepublik angekommen, fallen sie dann in das Raster des „Königsteiner Schlüssels“. Dieser gibt an, welches Land wie viele Flüchtlinge aufnimmt. Aus- schlaggebend sind Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl. Die schnöde Bürokratie sieht für Sachsen 5,10067 Prozent der Asylbewerber vor. Dresden wird noch viele Busladungen voll Menschen will- kommen heißen.

Der Bund bearbeitet die Asylanträge.

Für die Unterbringung und Versorgung sind die Kommunen zuständig. Fast überall sind die Kosten hierfür in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.

Vielerorts bedeutet das eine weitere Be- lastung für die ohnehin kaum gefüllten Kassen. Es ist Geld, das an anderen Stel- len fehlt. Außerdem gibt es zu wenige Wohnungen. Flüchtlinge müssen des- halb teilweise in Turnhallen unterkom- men. Schulklassen sowie Freizeitsportler verlieren dadurch ihre Hallenzeiten.

Obwohl die Lage oftmals angespannt ist, nehmen die meisten Gemeinden die Flüchtlinge mit offenen Armen auf. Selbstverständlich ist diese Hilfsberei- terschaft nicht. Und genau deshalb wollen die Bundesländer und Kommunen mehr Geld vom Bund. Die Stimmung soll nicht kippen. Nicht noch einmal darf es so weit kommen wie Anfang der 90er- Jahre, als vielerorts der Hass regierte und zahlreiche Asylbewerberheime an- gegriffen wurden.

Dresden ist zwar nur eine der vielen Kommunen, in denen die Flüchtlinge an-

kommen. Es ist aber ein besonderer Ort, wenn es um den Umgang mit Ausländern geht. Einerseits ist Dresden die weltoffene Metropole, andererseits aber auch jener Ort, an dem die NPD jahrelang im Landesparlament vertreten war. Zuletzt gelang es den Rechtspopulisten von Pegida nur hier, Zehntausende auf den Straßen marschieren zu lassen.

Auf der Homepage der Stadt Dresden heißt es zum Thema Asyl: „Derzeit geht die Stadtverwaltung aufgrund der politischen Lage in der Welt davon aus, dass die Zahl der Flüchtlinge auch in den nächsten Jahren nicht abnehmen wird.“ Die Unbestimmtheit der Prognosen sei das größte Problem, sagt Marco Fiedler, Sprecher des Dresdner Sozialbürgermeisters Martin Seidel (parteilos): „Es ist sehr

schwierig, mit einer Vorhersage zu arbeiten, die zwischen 1600 und 2600 Menschen im kommenden Jahr schwankt.“

Aber die Kommune muss damit zu recht kommen, denn sie ist gesetzlich verpflichtet, die Flüchtlinge unterzubringen, und das sowohl menschenwürdig als auch möglichst sparsam und wirtschaftlich. Die Einheimischen sollen die Neuankömmlinge zumindest tolerieren, wenn sie schon nicht alle willkommen heißen wollen. Das braucht Vorlauf und präzise Planung, wenn man nicht auf teure Notlösungen, die Umwidmung von Turnhallen oder die Beschlagnahme von leer stehendem Wohnraum zurückgreifen will. Drei Optionen, die die Dresdner Stadtverwaltung jedenfalls dezidiert zu vermeiden sucht – denn alle drei widerstreben dem Ziel, öffentliche Akzeptanz zu schaffen. In Pegida-Dresden sind die Verantwortlichen fest entschlossen, fremdenfeindlicher Stimmungsmache durch Transparenz und nachvollziehbarer Argumentation jeden Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die städtische Internetseite beantwortet alle denkbaren Fragen zum Thema Asyl. Es gibt eine Karte der bestehenden und eine Liste der neu geplanten Unterkünfte. Ortsbeiräte werden frühzeitig informiert, runde Tische diskutieren in den Stadtteilen. Jede neu eröffnete Einrichtung bietet einen „Tag der offenen Tür“ an. „Da gibt es schon sehr harte Diskussionen teilweise“, sagt Nadja Kharmatch, die als Vertreterin von Human-Care, das sechs Unterkünfte in Dresden betreibt, oft in den Ring steigen muss: „Die unfreundlichsten Äußerungen habe ich in gutbürgerlichen Stadtteilen erlebt.“ Trotz allem, es helfe nichts, man müsse eben reden, reden, reden. Man gewinnt in Dresden den Eindruck, die Verwaltung habe sich zu radikaler Offenheit entschlossen, weil alles andere sowieso nichts nützt.

Es ist genau die Erfahrung, die auch André Kuper auf der anderen Seite der Republik gemacht hat, in Nordrhein-Westfalen. Kuper war 15 Jahre lang Bürgermeister von Rietberg, einer Stadt mit fast 30.000 Einwohnern. Heute kümmert er sich als Vize-Fraktionschef der CDU im Landtag um Kommunales und Integration. „In den Städten und Gemeinden versucht man zumeist alles, um den Flüchtlingen zu helfen“, sagt Kuper. Die Aufgabe der Politik sei es, „dass diese Hilfsbereitschaft nicht überstrapaziert wird“. Derzeit seien Kommunen und Ehrenamtler überfordert, „wenn ein Bürgermeister erst am Freitag per Fax erfährt, dass bereits am Montag früh 40 Flüchtlinge bei ihm eintreffen werden“. Dass die Länder mehr Geld vom Bund wollen, dafür hat Kuper Verständnis. Wichtig ist ihm aber vor allem, dass das Geld auch zu 100 Prozent an die Kommunen weitergeleitet wird. Dahin, wo es

derzeit eben richtig wehtut.

500 Millionen, eine Milliarde, zwei Milliarden Euro? Wie hoch die zusätzlichen Kosten genau sein werden, die demnächst aufgrund der steigenden Zuwanderung anfallen, kann nur geschätzt werden. Niemand weiß, wie sich die Kriege dieser Welt entwickeln. Niemand weiß, ob irgendwo ein Gerücht verfährt, wonach es in Deutschland für Asylbewerber allerlei Geschenke gibt. So etwas zieht erfahrungsgemäß viele an: 2013 kamen deshalb Tausende aus Tschetschenien. Zuletzt schnellte die Zahl der Zuwanderer aus dem Kosovo sprunghaft nach oben – auch wenn sie so gut wie keine Chance auf Asyl haben.

Fakt ist: Der Bund hat es abgelehnt, mehr als die versprochene eine Milliarde Euro bis 2016 zusätzlich lockerzumachen. Von den Ländern hingegen erwartet er, dass die Menschen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, auch abgeschoben werden. Nur dann könnten die knappen Ressourcen für jene genutzt werden, die tatsächlich Hilfe benötigen, argumentiert der Bund. Die Fronten sind total verhärtet. Und immer wieder geht es um Zahlen.

Es will einem das Herz zerreißen, wenn man im „Fachplan Asyl“, den der Dresdner Stadtrat im Dezember verabschiedete, nachliest, mit welcher veraltungsmäßigen Gründlichkeit dort aufgelistet steht, was sich in einer sogenannten „Gewährleistungswohnung“ zu befinden hat, also in einer Unterkunft, die die Stadt anmietet und den Flüchtlinge zur Verfügung stellt. In eine solche Wohnung gehören: Geschirrtuch, 1,43 Euro; Spültuch, 0,59 Cent; Wäschekorb Kunststoff, 4,20 Euro; Kochlöffel Holz, 0,84 Euro; Kochtopf 20cm, 10,08 Euro; Handtuch, 2,52 Euro; Teller flach, 1,47 Euro; Mehrzweckglas, 0,71 Euro. Die Minimalzutaten eines Lebens. Aber doch, wenn man zum Beispiel an syrische Flüchtlingslager denkt: Reichtum. Und eine Art Zuhause.

## KOMMUNEN KLAGEN ÜBER ENGPÄSSE BEI DER UNTERBRINGUNG

### Bremen

Außerplanmäßige Flüchtlingsunterbringung in Bremen: In der Hansestadt wird derzeit eine Messehalle für Flüchtlinge umgebaut. Bis zu 150 Menschen sollen dort vorübergehend Platz finden. Die Asylbewerber kommen aus Serbien, Albanien, Mazedonien und Syrien. Betreut wird die Notaufnahme von der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Allein im vergangenen Jahr sind 2200 Flüchtlinge nach Bremen gekommen – doppelt so viele wie 2013. Für dieses Jahr rechnet Sozialsenatorin Anja Stahlmann (Grüne) mit einer Zahl von mehr als 3000.

### Niederbayern

In Niederbayern bereitet die große Zahl minderjähriger Flüchtlinge Probleme. Im vergangenen Jahr trafen mehr als 400 „unbegleitete Flüchtlinge“ in der Grenzstadt Passau ein. Für 2015 rechnen die Behörden mit bis zu 1000 Jugendlichen. Neben der Unterbringung ist hier vor allem die Betreuung ein Problem. Bisher gab es nur fünf Jugendmitarbeiter, die für die Betreuung zuständig waren. In dieser Woche wurden 19 weitere Mitarbeiter eingestellt. Die Stadt fordert vom Land Bayern zwei Millionen Euro, um die Sach- und Personalkosten zu decken.



In ganz Nordrhein-Westfalen sind zahlreiche Sporthallen auf absehbare Zeit mit Flüchtlingen belegt. Der Städtebund NRW warnte in dieser Woche davor, dass die Unterbringung in

Turnhallen und Kulturstätten auf Jahre hinaus nötig sein wird. In Köln sollen Flüchtlinge jetzt in das bekannte Staatenhaus ziehen. Ab dem kommenden Sommer soll das denkmalgeschützte Gebäude zu einem Musicaltheater umgebaut werden. Bis dahin werden rund 300 Flüchtlinge dort wohnen.

### Leipzig

Ein offener Brief brachte das Elend der Flüchtlinge in Leipzig auf den Punkt. In ihrem Schreiben an den Bürgermeister Burkhard Jung (SPD) schrieben vier Asylbewerber im Februar: „Hier gibt es überall Insekten, die Gebäude müssen dringend saniert werden, die Möbel sind defekt, und der Zaun rings um das Gelände lässt uns wie Häftlinge fühlen.“ Die vier Flüchtlinge leben in der Massenunterkunft Torgauer Straße. Mehrere Bürgerinitiativen boten Hilfe bei einer dezentralen Unterbringung an. Die Unterkunft wird jedoch zunächst ausgebaut und saniert.

### Fellbach

Eine Gesetzesänderung hat die Stadt im Nordosten Stuttgarts bundesweit bekannt gemacht: Anwohner hatten gegen eine Flüchtlingsunterkunft in einem Gewerbegebiet in Fellbach protestiert, denn Wohnen war im Gewerbegebiet nicht erlaubt. Der Bundestag änderte daraufhin das Baugesetzbuch. Nun gilt: Bis zum 31. Dezember 2019 darf die Baurechtsbehörde in Gewerbegebieten Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge zulassen. Schon Ende März werden neue Flüchtlinge im Fellbacher Gewerbegebiet erwartet.